Flügel-Martinsen, O. & Martinsen, F. (2018). Politische Subjektivation zwischen Subjektkonstitution und Handlungsfähigkeit. In: T. Alkemeyer, U. Bröckling & T. Peter (Hrsg.), *Jenseits der Person: Zur Subjektivierung von Kollektiven*, S. 75-94. Bielefeld: transcript Verlag. https://doi.org/10.1515/9783839438428-005

Politische Subjektivation zwischen Subjektkonstitution und Handlungsfähigkeit[1]

Oliver Flügel-Martinsen/Franziska Martinsen

1. Einleitung

In der politikwissenschaftlichen Demokratietheorie wird das politische Subjekt, vereinfacht gesagt, auf zwei Weisen verstanden: Die eine, eher von republikanischen Ansätzen vertretene, Variante identifiziert das politische Subjekt mit dem ›Volk‹ oder *demos*, die andere, liberale, Variante verortet es im einzelnen Individuum als abstrakter Rechtsträgerin und politischer Individualakteurin. Beide Lesarten des politischen Subjekts erweisen sich jedoch insofern als problematisch, als sowohl die eine als auch die andere etwas als gegeben voraussetzen, das, so unsere Ausgangsthese, im Rahmen von politischen Subjektivationsprozessen überhaupt erst hervorgebracht wird. Wir gehen vielmehr davon aus, dass es *erläuterungsbedürftig* ist, wer oder was politische Subjekte sind.

Im Folgenden setzen wir uns mit dem Begriff der politischen Subjektivation[2] auseinander. Wir zeigen, dass die verbreiteten Bestimmungen eines ›Subjekts‹ des Politischen häufig auf unreflektierte Entitätsvorstellungen zurückgreifen, denen gleichsam eine politische Semantik aufgestempelt wird, obwohl der Prozess der Subjektivation überhaupt erst als politisches Handeln von Subjekten, die sich durch dieses Handeln konstituieren, zu begreifen ist. Von politischer Subjektivation zu sprechen, bedeutet demnach, Ideen vorpolitisch scheinbar klar umrissener politischer Subjekte einer dekonstruktiven Bewegung zu unterziehen. Mit Blick auf den Begriff des Volkes lässt sich beispielsweise mit Derrida sagen, dass kein Volk mit sich selbst identisch ist und

1 | In den nachfolgenden Aufsatz gehen, ohne dass das immer im Einzelnen kenntlich gemacht wird, Überlegungen aus folgenden Texten ein: Flügel-Martinsen (2017a und b, 2017) sowie Martinsen (2018).

2 | Im Folgenden wird, wie in zahlreichen deutschsprachigen Texten üblich, »Subjektivation« und »Subjektivierung« synonym gebraucht.

dass es keinen natürlichen Begriff der Zugehörigkeit gibt, wie er etwa durch die – ohnehin androzentrische – Idee der Brüderlichkeit suggeriert wird, ganz zu schweigen von höchst strittigen Ideen wie nationaler Kultur oder ethnischer Abstammung. Vielmehr beginnt die originär politische Auseinandersetzung darüber, was als politisches Subjekt gelten könne, laut Rancière immer genau dort, wo die Frage danach gestellt wird, wer mitgezählt wird und wer nicht, aber auch, wer auf welche Weise mitgezählt wird (Rancière 2002: 36-48). Das Volk ist also kein fest umrissenes politisches Subjekt, sondern der Streit um seine Deutung ist in eminenter Weise selbst ein politischer Vorgang. Und Vergleichbares gilt für andere kollektive politische Akteure, die keineswegs einfach vorausgesetzt werden können, deren Konstitution vielmehr zu erläutern ist. Aus dieser befragenden und dekonstruierenden Perspektive erschließen sich zwei weitere grundlegende Fragen.

So ist zum einen zu fragen, auf welche spezifische Weise Subjekte, auch das Kollektivsubjekt des Volkes, überhaupt konstituiert werden. Nimmt man Überlegungen zur Dekonstruktion von Subjektvorstellungen und zur Subjektkonstitution, wie sie in den Theoriediskursen des 20. Jahrhunderts und der Gegenwart von Foucault und Derrida über Laclau und Mouffe bis zu Butler und Rancière angestellt werden, auch nur halbwegs ernst, dann liegt es auf der Hand, dass uns hier eine Präsupposition von Kollektiven nicht weiterhilft. Ebenso klar ist, dass wir uns kaum auf solche im Grunde obskuren Annahmen von Kollektivsubjekten als Gruppen von Individuen stützen können, wie sie aggregative und assoziative Theorien der Politik gleichermaßen zugrunde legen[3], die beide, wenn auch auf unterschiedliche Weise, Kollektive aus ihnen vorausgehenden Individuen erklären. An dieser Stelle wird wiederum deutlich, dass die liberalen Theorien zugrunde liegende Annahme des Einzelmenschen als ›Keimzelle‹ oder Ursprung des politischen Subjekts den Aspekt der diskursiven Erzeugung dieser Individualakteurin selbst nicht reflektieren.

Neben der Frage nach der Konstitution von Subjektivität stellt sich zum anderen die nach der politischen Handlungsfähigkeit. Verstehen wir diese von ihrem kritischen Potenzial her, müssen wir also erkunden, wie diese Subjekte in die Lage versetzt werden, bestehende soziale und politische Ordnungen und Prozesse einer kritischen Befragung zu unterziehen. Das ist die andere, für eine emanzipatorische Politik wesentliche Seite der Medaille politischer Subjektivation: Mit der Vorstellung, dass Subjekte durch soziale Prozesse und Ordnungen hervorgebracht, dass sie also diskursiv erzeugt werden, ist noch nichts darüber gesagt, woher die Möglichkeit zu einer befragenden und widerständigen Performanz rühren könnte, die sich gegen diese Prozesse und Ordnungen richtet. Diese ist aber wesentlich, soll eine solche Idee wie die des demokratisch-emanzipatorischen Streits um die Einrichtung der Welt irgend-

3 | Vgl. zur kritischen Auseinandersetzung damit: Young (1990: 44f.).

einen Sinn ergeben. Mit diesen beiden Fragen, der nach der Subjektkonstitution einerseits und der nach der widerständigen Subjektperformanz andererseits, ist die Spannung umrissen, mit der sich unser Beitrag auseinandersetzt.

Im Wesentlichen geht es also um die folgende Problematik: Einerseits kommen wir nicht umhin, Subjekte in ihrer Gewordenheit in sozialen und politischen Ordnungen, die nicht zuletzt auch Machtbeziehungen sind, zu betrachten, andererseits lassen sich aber, wie u.a. Foucault, Butler oder Rancière hervorheben, durchaus Kontestationen dieser Ordnungen beobachten, die sich, wenngleich in unterschiedlichem Maße, in spezifischer Weise als politische Emanzipationsbewegungen begreifen lassen. Wir können Subjekte oder Subjektivitätsformen demnach nicht einfach als einen bloßen Effekt diskursiver Ordnungen verstehen, denn dann bliebe der Umstand, dass diese Ordnungen Deutungskämpfen unterliegen, hochgradig unklar. Gleichzeitig können wir aber ebenso wenig auf die Annahme freier oder gar autonomer und handlungsfähiger Subjekte bauen, würden wir damit doch deren Konstitution in gesellschaftlichen, politischen oder ökonomischen Machtzusammenhängen verschleiern. Damit müssen wir letztlich danach fragen, wie sich eine befragende, kritische und widerständige Praxis jenseits von Vorstellungen subjektiver Autonomie denken lässt. Wir werden uns an diese Fragen durch eine Auseinandersetzung mit dem ambivalenten Begriff der Subjektivation, wie er in unterschiedlicher Weise in den Schriften Foucaults, Butlers und Rancières Verwendung findet, annähern.

Im nächstfolgenden Abschnitt erinnern wir in einem kurzen Überblick an die Kritik am methodischen und normativen Individualismus, wie sie schon bei Hegel und Marx vorgebracht wird. In ihr findet sich bereits die gesellschaftstheoretische Erläuterung der Konstitution individueller und kollektiver Ansprüche und Identitätsvorstellungen. Insbesondere bei Marx und im Marxismus werden die Probleme (politischer) kollektiver Handlungsfähigkeit sichtbar, die sich auch gegenwärtig einer Theorie politischer Subjektivation stellen, der es im Sinne der oben herausgestellten Spannung nicht nur darum geht, Prozesse der Subjektkonstitution zu beschreiben, sondern auch widerständige Performativität zu denken (2.). Bei Ernesto Laclau stoßen wir, wenngleich ohne zentralen Rekurs auf die Kategorie der Subjektivierung, auf eine Theorie der Herausbildung politisch handlungsfähiger kollektiver Identitäten (3.). Bei Michel Foucault und Judith Butler finden wir eine ausgearbeitete Theorie der Subjektivierung, die freilich stärker auf die Subjektkonstitution fokussiert und bei der die Dimension widerständigen politischen Handelns eine zwar eminente, aber gleichzeitig unterbelichtete Rolle spielt (4.). Das vielleicht interessanteste Angebot unterbreitet aus unserer Sicht mit seinem Begriff politischer Subjektivierung Jacques Rancière (5.) – auch wenn in seinem Fall nicht unterschlagen werden darf, dass die Unterwerfungsdimension, die bei Foucault und Butler so deutlich herausgekehrt wird, zu wenig Aufmerksamkeit erfährt.

2. Zur Kritik am Paradigma des methodischen und normativen Individualismus

Die weitgehend unangefochtene Vorstellung eines Volks oder *demos* als kollektives Subjekt hängt nicht zuletzt eng mit der Annahme des Individuums als zentralem methodischen und vor allem auch normativen Referenzpunkt für die moderne politische Theorie demokratischer Gesellschaften zusammen. Der individualistische Zuschnitt einschlägiger Ansätze, exemplarisch sei hier auf die vertragstheoretischen Konzeptionen Hobbes' und Lockes verwiesen, dominiert nach wie vor innerhalb des westlichen Diskurses über das Politische und verstellt von vornherein den Blick dafür, überhaupt danach zu fragen, wie individuelle oder kollektive Subjekte als Identitätsformen in die Welt kommen. Die Antwort auf die Frage nach individuellen Subjekten entfällt schlichtweg, bilden diese doch den analytischen und, spätestens seit Locke, auch normativen Ausgangspunkt des Denkens über politische Subjekte (vgl. Taylor 1995). Die Dominanz kontraktualistischer politischer Theoriebildung ist in der Folge dieser politischen Ontologie entsprechend auch wenig verwunderlich, wird das Problem der Herausbildung politischer Kollektive doch folgerichtig wesentlich als eines der politischen Assoziation von Individualakteurinnen verstanden.

Der methodische und normative Individualismus können dabei für die vorliegenden Zwecke folgendermaßen charakterisiert werden: Methodisch individualistisch ist eine Vorgehens- oder Betrachtungsweise immer dann, wenn politische und soziale Zusammenhänge ausgehend von Individuen – und eben nicht von mit ihnen verbundenen oder übergeordneten Zusammenhängen wie Gemeinschaften, sozialen Strukturen o.ä. – erläutert werden sollen, wenn also bei der Frage nach der Konstitution von politischer Ordnung oder dem Wandel von politischen Ordnungen zuvorderst von Modellen individuellen Handelns ausgegangen wird. Das jedoch ist der Kern der bei Hobbes entwickelten und für den modernen Liberalismus bis in unsere Tage maßgeblichen Vorstellung, dass es Individuen sind, aus denen sich Gesellschaften zusammensetzen. Als Ausgangspunkt von politischen Gemeinschaften und sozialen Ordnungsmodellen gilt die Interaktion zwischen Einzelnen, die nach einem bestimmten Subjektmodell, in der ökonomisch-liberalen Tradition zumeist dem des *homo oeconomicus* verstanden werden. Normativ individualistisch meint dann über die soeben beschriebene methodische Haltung hinaus, dass ein normativer Vorrang von Individuen und ihren Rechten als selbstverständlich vorausgesetzt wird.[4]

4 | Das ist etwa in einer libertären Konzeption wie derjenigen, die Robert Nozick in *Anarchy, State, and Utopia* entwirft, der Fall, in der die gar nicht weiter begründete Prämisse in Anspruch genommen wird, dass einzig Individuen Rechte haben können (vgl. Nozick 1974: ix).

Sowohl der methodische als auch der normative Individualismus werden bereits in der politischen Ideengeschichte kritisiert. Hegel und Marx sind prominente Skeptiker, aber auch schon Ferguson bezweifelt die Vorstellung eines vorsozialen Individuums, da Individuen aus seiner Sicht in gesellschaftlichen Zusammenhängen erst konstituiert werden (vgl. Ferguson 1988: 100, 105). Hegel entwirft mit dem Theorem der Herausbildung einer zweiten Natur im Grunde genommen eine Subjektivierungstheorie *avant la lettre*. Er geht davon aus, dass wir, um zu verstehen, wie Subjekte sozial hervorgebracht werden, lebenslange, besonders deutlich aber in den kindlichen und juvenilen Lebensphasen wirksame Sozialisationsprozesse gesellschaftstheoretisch entschlüsseln müssen. Parallel zu diesen individuellen Subjektivationsprozessen nimmt Hegel auch kollektive Prozesse in den Blick, indem er die Wirkung ähnlicher institutioneller Kontexte auf die Herausbildung einer gemeinsamen Identität beschreibt. Hegel nimmt jedoch weniger die Herausbildung gemeinsamer Handlungsfähigkeit als die gemeinsamer Zugehörigkeit in den Blick – ein Beispiel ist hier die gelingende intrafamiliale Sozialisation, an deren Ende das (männliche) Subjekt als freies Mitglied in die bürgerliche Gesellschaft entlassen wird (Hegel 1986: §§ 173-180).

Bei Marx wiederum ist die Subjektivation kollektiver Identitäten insofern von Bedeutung, als es ihm vor allem darum geht, die Konfliktdynamiken zwischen verschiedenen Konfliktgruppen, insbesondere den Klassen, zu beschreiben und theoretisch gleichsam anzuheizen. Deutlicher noch als bei Hegel sind wir bei Marx mit der eingangs geschilderten Spannung einer Theorie kollektiver Subjektivierung konfrontiert, da es ihm eben nicht allein darum geht, die Modi der Subjektivierung analytisch zu verstehen, sondern die Aufgabe darüber hinaus für ihn darin besteht, Punkte für eine kollektive Performativität aufzuspüren, von denen aus gegen die Subjektivationsformen und gesellschaftlichen Kontexte aufbegehrt werden kann. Bei Marx (und auch im Marxismus) wird das als Problem des Klassenkampfs und der Herausbildung von Klassenbewusstsein beschrieben. Die Modi der Subjektivation werden, schematisch gesprochen, über die objektivistische Sozialstrukturanalyse der Klassensituation thematisiert (Klasse an sich), wodurch allerdings noch nichts über die Modi des politischen Kampfes gesagt ist, die es erforderlich machen, dass die Klassenlage subjektiv erfasst (Klasse für sich) und zudem die historische Aufgabe ergriffen wird (Klasse an und für sich). Das ist für sich genommen, wie die langwährende marxistische Diskussion über (fehlendes) Klassenbewusstsein deutlich macht, eine wenig befriedigende Behandlung der Spannung zwischen Subjektkonstitution und Handlungsfähigkeit. Zudem wird sie schon innerhalb der marxschen Theorie dadurch erschwert, dass Marx die Theorie des Klassenkampfes eben nicht als eigenständige Theorie politischer und sozialer Kämpfe entwirft, sondern sie durch eine objektivistische Geschichtsphilosophie zu flankieren sucht, die aber letztlich droht, die Kampf-

theorie beiseite zu setzen (vgl. schon früh: Castoriadis 1990: 52-59). Das wird insbesondere in der postmarxistischen Kritik an und Weiterentwicklung von Marx deutlich, wie wir sie bei Laclau finden. Ein Blick auf seine Überlegungen erscheint aus unserem Problemzusammenhang heraus aber nicht allein deshalb sinnvoll, weil der ideengeschichtlich bislang angedeutete Denkweg damit noch ein Stück weiter verfolgt werden kann, sondern weil Laclau umfassende Überlegungen zu der uns hier interessierenden Spannung zwischen der Konstitution politischer Identitäten einerseits und deren politischer Handlungsmöglichkeit andererseits anstellt.

3. Populare Identitäten und die konfliktHafte Verfasstheit des Politischen

Laclaus Kritik und Weiterführung des Marxismus setzt bei der schon angedeuteten Spannung in Marx' Denken zwischen ökonomistischem Geschichtsobjektivismus und Klassenkampftheorie an. Diese Spannung besteht Laclau zufolge darin, dass auf der einen Seite eine systematische Geschichtsphilosophie steht, die Geschichte als objektiven Vorgang versteht, angesichts dessen Akteurinnenkonstellationen eine eher nebensächliche Rolle spielen, weil sie sich aus der historisch objektiven Situation notwendig ergeben sollen, und auf der anderen Seite eine Theorie des Klassenkampfes, in der die konkreten revolutionären Konstellationen, aber auch vor allem Strategien eine zentrale Funktion übernehmen; beides scheint ihm unvermittelt, ja unvermittelbar: »Ich kam mehr und mehr zu der Überzeugung, dass es unmöglich ist, diese beiden Sichtweisen miteinander zu vereinbaren, und dass die sogenannte ›Krise des Marxismus‹ zu einem Großteil aus dieser Unmöglichkeit resultierte« (Laclau 2007: 25). Zudem hebt Laclau hervor, dass sich angesichts der politischen Entwicklungen auf der Linken in den 1960er und 1970er Jahren die marxistische Fixierung auf den dualistisch verstandenen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht nur nicht halten ließ, sondern dass darüber hinaus mit der Konzentration etwa auf Volksbewegungen in den revolutionären Bewegungen Kategorien ins Spiel kamen, die innerhalb des marxistischen Denkens wenig berücksichtigt, ja gar verpönt waren (Laclau 2014: 3). Es ist diese Frage nach der Konstitution des Volkes, die sich als Laclaus Beitrag zu einer Theorie politischer Subjektivation verstehen lässt.

Die wohl umfassendste Ausarbeitung seiner Überlegungen zur Konstitution kollektiver Identitäten hat Laclau 2005 in der Monographie *On Populist Reason* vorgelegt. Seine gesamte politische Theorie geht davon aus, dass die Konstitution sozialer und politischer Ordnungen ein hochgradig erklärungsbedürftiges Phänomen ist. Dieser Fragestellung korrespondiert, was in der politischen Theorie leicht übersehen wird, als Gegenstück die ebenso entschei-

dende und gleichermaßen erklärungsbedürftige Frage, wie kollektive Identitäten hervorgebracht werden. Der Ausgangspunkt von *On Populist Reason* liegt dementsprechend in Laclaus Unzufriedenheit mit den üblichen und aus seiner Sicht unbefriedigenden sozialwissenschaftlichen Antworten auf diese Herausforderung: »My whole approach has grown out of a basic dissatisfaction with sociological perspectives which either considered the group as the basic unit of social analysis, or tried to transcend that unit by locating it within wider functionalist or structuralist paradigms« (Laclau 2005: ix).[5]

Warum dabei die Hinwendung zum Populismus aus Laclaus Perspektive geradezu den Königsweg darstellt (vgl. 67), um die ontologische Konstitution des Politischen zu verstehen, wird rasch klar, sobald man sich kurz die entscheidenden Elemente von Laclaus politischer Theorie und die offene Frage, die sich aus ihrem Zusammenspiel ergibt, vor Augen hält. Laclau rekapituliert hier drei Elemente (vgl. 68ff.): Erstens einen Begriff des Diskurses, mit dem sich die Vorstellung einer diskursiven Erzeugung sozialer Objektivität verbindet; zweitens leere Signifikanten und Hegemonie, um die Konfliktlogik hegemonialer Kämpfe um die Konstitution des Sozialen zu erörtern; und drittens Rhetorik, um die Bedingungen von Bedeutungsverschiebungen zu untersuchen, die für hegemoniale Operationen grundlegend sind. Gleichermaßen offen wie entscheidend bleibt hier die Frage, wie sich kollektive Identitäten konstituieren, welche die hegemonialen Kämpfe austragen. An dieser Stelle betritt die Populismustheorie die Bühne.[6] Laclaus Unbehagen gegenüber dem weitgehend unerklärten Begriff der Gruppe haben wir schon beobachten können. Er setzt deshalb unterhalb konstituierter Gruppen an und bringt die Kategorie der *demands* (Forderungen) ins Spiel, um die herum sich kollektive Identitäten konstituieren können. Diesen Vorgang diskutiert er deshalb unter der Rubrik des Populismus, weil es in politischen Kämpfen um die Herausbildung popularer Identitäten geht, deren Instituierung Laclau nachspürt, statt sie als Gruppen vorauszusetzen (vgl. 129, 224). Unter Populismus versteht Laclau entsprechend den Modus der Konstitution der Einheit einer Gruppe (vgl. 73), die sich allerdings nur unter bestimmten Bedingungen herstellen lässt. Hierzu ist die Bündelung einer Gruppe von *demands* erforderlich, die Laclau als *popular demands* bezeichnet und von isolierten *demands* abgrenzt, die er eigentümli-

5 | Im Nachfolgenden erfolgen Verweise auf dieses Buch in Klammern im Text, so nicht anders angegeben.

6 | Laclau entwirft in *On Populist Reason* ein hochkomplexes und teils sogar angesichts zahlreicher terminologischer Verästelungen leicht ›übertheoretisiert‹ erscheinendes Modell des Populismus. Wir werden uns hier auf eine holzschnittartige und entsprechend vereinfachende Skizze beschränken.

cherweise *democratic demands* nennt.[7] Die Konstitution einer popularen Identität, eines *people*, fügt sich dabei in die Logik hegemonialer Kämpfe ein: Damit diese Konstitution gelingen kann, ist es seiner Auffassung nach erforderlich, dass eine antagonistische, gleichwohl bewegliche Grenze etabliert wird, welche die populare Identität von der gegenwärtig hegemonialen Macht scheidet (vgl. 74); weiterhin müssen die Forderungen in eine Äquivalenzordnung und »a stable system of signification« (74) gebracht werden (vgl. auch 93). Gelingt das, stehen sich die verschiedenen Lager antagonistisch gegenüber und die populare Identität des Volkes (*people*), das zwar nicht in einem ontologischen Sinne die Totalität der Gemeinschaft sein kann, beansprucht erfolgreich, »to be conceived as the only legitimate totality« (81).

Laclau betont, dass sich die Frage nach der Konstitution popularer Identitäten auch in Demokratien stellt. Mit seiner Hinwendung zum Populismus wendet er sich also nicht von der Demokratie ab und dem Populismus zu, sondern die populistische Perspektive blickt gleichsam analytisch tiefer: Sie erkundet, wie das Politische in die Welt kommt und wie es prozediert. Die analytische Hinwendung zum Populismus liegt also auf einer anderen Ebene als die Frage nach Demokratie. Natürlich kann die Konstitution popularer Identitäten auf andere als demokratische Bahnen führen. Das aber ist aus seiner Sicht eine analytische Einsicht und nicht eine konzeptionelle Abkehr von der Demokratie. Entscheidend ist für Laclau, dass wir diese populistische Logik des Politischen verstehen müssen, wenn wir die Demokratie ebenso wie andere politische Konfigurationen verstehen wollen.

Diese Fragen wären in einer Auseinandersetzung mit Laclaus Demokratiedenken zu vertiefen. Hier sind aber zunächst einige andere problematische Punkte von Gewicht, die an dieser Stelle lediglich kurz benannt werden können: Zunächst fällt in der gesamten Architektur von Laclaus politischer Theorie auf, dass er zwar die objektivistische Geschichtsphilosophie, die er bei Marx diagnostiziert, durch eine Theorie politischer Kämpfe ersetzt, die ohne inhaltlich substanzielle Annahmen auskommt. Gleichzeitig bleibt seine politische Theorie aber im Ganzen auf eine formale Strukturtheorie hegemonialer Kämpfe in antagonistischen Konstellationen angewiesen, die sich gewissermaßen als dauerhafte Bedingung aller Konfigurationen des Politischen durch die Geschichte politischer Kämpfe zieht. Überdies bleiben, weil Konflikthaftigkeit und Konfliktaustrag damit gleichsam metatheoretisch vorausgesetzt werden, Fragen der widerständigen Handlungsfähigkeit ausgeklammert. Um das Spannungsverhältnis von unterwerfender Subjektkonstitution und widerständiger Handlungsfähigkeit genauer zu verstehen, müssen wir den Blickwinkel auf andere Ansätze erweitern.

---

7 | Zur Begründung dieser Begriffswahl, die wir dennoch nicht wirklich geglückt, da ohne weitere Erläuterung missverständlich, finden: Laclau (2005: 125-128).

4. Subjektivation zwischen Unterwerfung und Widerstand

Am deutlichsten ist die besagte Spannung zwischen einer als Unterwerfung wirksamen Subjektkonstitution und Handlungsfähigkeit in Form von Widerstand vielleicht in den Überlegungen sichtbar, die Foucault und im Anschluss an diesen Butler angestellt hat. Foucault hat insbesondere in seinen Arbeiten der 1970er Jahre auf diesen engen Zusammenhang von Machtbeziehungen und Subjektkonstitution aufmerksam gemacht und dabei den hervorbringenden, schöpferischen Charakter von Macht hervorgehoben; einer Macht, die Subjekte aus uns allen macht (vgl. Foucault 2001a, 2001b). Obwohl Foucault dabei bekanntlich auf eine allgemeine Theorie der Macht oder der Subjektivation in Machtbeziehungen verzichtet hat, hat er hervorgehoben, dass die Dimension des Widerstands von zentraler Bedeutung ist. In seinem programmatischen Aufsatz *Le sujet et le pouvoir* (2001a) hebt er deshalb, nachdem er eine kritische Weltanalyse als Aufgabe der Philosophie bestimmt hat, hervor, dass es nicht nur um eine analytisch-diagnostische Erfassung von Formen der Selbstbildung gehen kann, sondern dass es darüber hinaus vor allem darauf ankommt, die gängigen Subjektivitätsformen zurückzuweisen und andere Formen zu erschließen: »Das Hauptziel besteht heute zweifellos nicht darin, herauszufinden, sondern abzulehnen, was wir sind. [...] Wir müssen nach neuen Formen von Subjektivität suchen und die Art der Individualität zurückweisen, die man uns seit Jahrhunderten aufzwingt«.[8]

Die Frage, die sich angesichts einer solchen Stellungnahme noch einmal in aller Deutlichkeit stellt, ist, wer dieses *Wir* sein soll, das Subjektivierungsformen zurückweisen kann, und woraus sich seine Widerstandsfähigkeit speist. Warum es sich um ein *Wir* handelt, ist dabei leichter zu beantworten, als woher Widerstand kommen kann. Dass es sich um ein *Wir*, also eine kollektive Subjektivität handelt, liegt allein schon deshalb nahe, weil Foucault den gesamten Vorgang der Subjektivierung als Konstitutionsprozess in einem diskursiven Machtgefüge versteht. Subjektivierung in Machtbeziehungen meint daher nicht allein, dass Einzelne auf Weisen subjektiviert werden, die auch Andere betreffen – dass Andere also auf ähnliche Weise subjektiviert werden. Es bedeutet auch, wie Foucaults vielfache Verweise auf Gegenverhalten und Gegenbewegungen (*contre-conduites*) (Foucault 2004: 363f.; dt. 509)[9] illustrieren, dass ver-

8 | »Sans doute l'objectif principal aujourd'hui n'est-il pas de découvrir, mais de refuser ce que nous sommes«. Und etwas später: »Il nous faut promouvoir de nouvelles formes de subjectivité en refusant le type d'individualité qu'on nous a imposé pendant plusieurs siècles«. (Foucault 2001b: 1051; dt. 2005: 250f.).

9 | Die deutsche Übersetzung gibt Foucaults Rede von *contre-conduites* an dieser Stelle eigentümlicherweise unerläutert mit *Gegenbewegungen* wieder und schneidet damit

schiedene Gruppen von Subjekten Kämpfe um die diskursive Ordnung austragen. Festhalten lässt sich deshalb: Subjekte existieren offenbar nicht außerhalb von Machtbeziehungen, sondern werden in ihnen hervorgebracht. Es werden nämlich nicht bereits vorhandene Subjekte unterworfen, sondern diese werden in Machtkonstellationen erst konstituiert. Unterwerfung und Konstitution fallen so zusammen. Foucault mag hier auf ein doppeldeutiges Vokabular setzen, die Dimension der Unterwerfung tritt dabei dennoch so deutlich hervor, dass sich ernsthaft die Frage stellt, woher das Widerstandspotential rühren soll. Foucault selbst konstatiert dabei in der historischen Perspektive des Genealogen von Machtverhältnissen schlicht, dass es Widerstandsbewegungen gibt (vgl. Foucault 2004: 363f.; dt. 509). Die Frage aber bleibt bestehen, wodurch die Kollektive von Subjekten in die Lage versetzt werden, Widerstand zu leisten.

Einen wichtigen Hinweis darauf erhalten wir, wenn wir mit Judith Butler den Umstand hervorheben, dass Subjektivation kein einmaliger, sondern ein iterativer Vorgang ist (vgl. Butler 2001: 81-100). Betrachten wir den Unterwerfung und Konstitution gemeinsam umfassenden Prozess der Subjektivation auf der Zeitachse, stellen sich die Dinge bereits anders dar. Was zunächst wie ein unausweichlicher, ja ohnmächtiger Unterwerfungsprozess erscheint, in dem Subjekte von einer ihrem Zugriff entrückten Macht erzeugt werden, stellt sich in der diachronen Perspektive als ein Wechselspiel von Subjekt, Macht und Gegenmacht dar. Wenn Subjekte in einem iterativen Prozess konstituiert werden,[10] dann ergeben sich Möglichkeiten widerständiger Performativität. Jede Wiederholung wirkt auf Subjekte ein, die abweichen können und in keiner Wiederholung wird die gleiche Macht wirksam. Sie verschiebt sich ebenso wie die Subjekte, auf die sie einwirkt. Es sind, so gesehen, eben jene Subjekte der Macht, die unter bestimmten Umständen die Möglichkeit gewinnen, die diskursiven Prozesse der Subjektivation und damit auch die Machtdiskurse umzuschreiben. Butler weist mit großem Nachdruck auf diesen Doppelcharakter der Subjektivation hin: Sie ist in einem Zug Unterwerfung und Subjektwerdung (vgl. Butler 2001: 8). Subjekte, so können wir diese Überlegungen weiterführen, sind keine passiven Entitäten, sondern sie verfügen über bestimm-

---

die semantische Beziehung zum Verhalten durch, obwohl gerade Überlegungen zu Verhalten und Gegenverhalten an dieser Stelle elementar sind. Das Bild der Bewegung benutzt Foucault dort zwar auch, aber nur mit Bezug auf *mouvements de résistance.* Dass die deutsche Fassung beides – *contre-conduites* und *mouvements de résistance* – mit Bewegung übersetzt, ist daher etwas unglücklich.

10 | Verwiesen sei hier nur auf die Disziplinierungspraktiken, die Foucault in Überwachen und Strafen nicht nur im Gefängnis, sondern auch in Schulen und Fabriken analysiert (Foucault 1994: Teil III): Zum getakteten Arbeiter oder zum gelehrigen, pünktlichen Schüler wird niemand mit dem Eintritt in Schule oder Fabrik. Dazu bedarf es steter Wiederholung.

te performative Potentiale, die sie auch widerständig aktualisieren können. Außerdem muss Macht im radikalen Plural der Mächte verstanden werden: Subjekte werden nicht durch *die* Macht im Singulär hervorgebracht, sondern in Kraftfeldern subjektiviert, in denen verschiedene Mächte aufeinander treffen, wodurch sich die Diskurse und mit ihnen die Subjekte verschieben. In der diachronen Sicht können also nicht nur die Subjekte ein Widerstandspotential zurückgewinnen, das verloren schien, sondern es wird überhaupt erst verständlich, wie sich Deutungskämpfe vollziehen können. Diese Deutungskämpfe werden, wie es schon Foucaults Verweis auf Widerstandsbewegungen deutlich gemacht hat, in den wenigsten Fällen individuell ausgetragen: Auch wenn der Widerstand Einzelner keineswegs ausgeschlossen ist, muss sich die Kraft des Widerstands in der Regel auf Kollektive von Subjekten stützen, die sich gegen die in einer diskursiven Formation vorgesehenen Subjektpositionen erheben. Judith Butler, die sich von Anfang an als Theoretikerin in enger Verbindung zu sozialen Bewegungen verstanden hat, hat wohl nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieses Erfordernisses kollektiver Widerstandspolitiken die politische und damit kollektive Dimension widerständiger Performativität in den Fokus ihrer jüngeren Arbeiten gerückt (vgl. Butler 2016).

Auch wenn Widerstand, wie wir mit Butler annehmen können, demnach keineswegs ausgeschlossen ist, darf die Ambivalenz des Subjektivationsgeschehens nicht aus dem Blick verloren werden: Butler unterstreicht zu Recht, dass die Handlungsfähigkeit, die auch Teil der Subjektivation ist, offenbar nur um dem Preis der Unterwerfung zu haben ist, denn wir werden handlungsfähige Subjekte nur in dem Maße, in dem wir uns in Subjektpositionen unterordnen (vgl. Butler 2001: 16). Das hat besonders für emanzipatorische Bemühungen die fatale Konsequenz, dass neue, in der gegebenen hegemonialen Matrix nicht vorgesehene und diese überschreitende Subjektformen ausgesprochen schwer zu formen sind. Zu denken ist hier an Subjektformen jenseits misogyn-androzentrischer Diskursformationen ebenso wie an jene jenseits rassistischer oder heterosexueller Ordnungen. Hier riskieren wir als unterworfene Subjekte, in dem Moment, in dem wir neue Subjektformen zu erschließen versuchen, ins soziale und politische Leere zu treten. Wir stellen unseren Status als Subjekte auf Spiel, ohne bereits auf neue Subjektformen zugreifen zu können (vgl. Butler 1998: 189). Das ist gerade für politische Emanzipationsbewegungen keine geringe Bürde, drohen diesen doch damit sowohl die Konturen der Forderungen als auch der Ziele zu verschwimmen.

Um die Möglichkeit von Widerstand genauer zu verstehen, kommt es im Wesentlichen darauf an, ein fluideres Verständnis der Beziehung zwischen Subjekt und Ordnung des Diskurses zu entwickeln. Butlers Formulierungen legen an manchen Stellen den Eindruck nahe, Subjekte seien lediglich Effekte von Diskursen. Wenn sie etwa schreibt, dass »culturally intelligible subjects as the resulting effects of a rule-bound discourse« (Butler 1999: 184) zu verste-

hen sind, klingt das, als hätten Subjekte ihre Handlungsfähigkeit vollständig eingebüßt und Emanzipationspolitiken seien mehr oder weniger bloße Zufallsprodukte einer dunkel bleibenden Verschiebung innerhalb der Kräfteverhältnisse diskursiver Formationen. Das ist aber deutlich zu kurz gedacht. Wir haben bereits mehrfach auf den ambivalenten Charakter der Subjektivation als eines zugleich unterordnenden und Handlungsfähigkeit verleihenden Geschehens hingewiesen. Wenn es sich so verhält, dass Subjekte nicht einfach aus ihrer Subjektivitätsform aussteigen können, weil ihre Identität wesentlich von den in einer bestimmten diskursiven Formation gegebenen Subjektivitätsformen abhängig ist, dann heißt das nicht, dass Subjekten alle Formen widerständigen Handelns verschlossen bleiben, und es bedeutet auch keineswegs, dass sich emanzipatorische Wege nicht beschreiten lassen. Emanzipation und Widerstand mögen auf unsichere Pfade leiten, aber sie führen weder zwangsläufig an Abgründe, die zu überschreiten nur den freien Fall zu Folge hat, noch auf Holzwege, die im unbegehbaren Dickicht enden. Wenn sich mit Subjektivität auch eine – in vieler Hinsicht empirisch ja zweifelsohne konstatierbare – Handlungsfähigkeit verbindet, dann heißt das auch, dass emanzipatorische und widerständige Subjektperformanzen möglich sind. Judith Butler hat jüngst in Form einer performativen Theorie der Versammlung selbst die Chancen, aber auch die Probleme kollektiver politischer Widerstandsprozesse hervorgehoben (vgl. Butler 2016). Auch wenn sie dort nicht explizit von Subjektivierung spricht, untersucht sie zweifellos Prozesse der kollektiven Subjektkonstitution, wenn sie der Frage nachgeht, wie etwa die Konstitution eines widerständigen Volkes in protestierenden Versammlungen zu verstehen ist. Das politisch fatale Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen in jüngerer Zeit, das Butler am Beispiel von Pegida anspricht (vgl. ebd.: 9f.), weist uns dabei darauf hin, dass die Deutungskämpfe nicht einfach zwischen einer gegebenen diskursiven Ordnung und widerständigen Kollektiven von Subjekten ausgetragen werden, sondern dass auch die Deutungskämpfe selbst pluralistisch verfasst sind – und dieser Pluralismus etwa dann deutliche Schattenseiten hat, wenn rechte Bewegungen die kollektive Semantik des demokratischen Volkes auf ihre völkische Weise zu besetzen und umzudeuten suchen.

Im folgenden und letzten Abschnitt gehen wir schließlich auf die bereits angesprochenen Deutungskämpfe ein, die sich, wenn es sich um politische Emanzipationsakte handelt, weniger in den Mustern von Unterwerfung und Widerstand, sondern ausgehend vom Widerständigen vielmehr im Rahmen von Ermächtigung abspielen. Wir zeigen anhand von Rancières Begriff der *subjectivation politique*, unter welchen Bedingungen es zur Herausbildung befragender und widerständiger bzw. sich selbst ermächtigender kollektiver Subjektivitätsformen kommen kann. Rancières Begriff einer *subjectivation politique* ist gerade angesichts der von Butler hervorgehobenen Problematik rechter Aneignungsversuche kollektiver Subjektformen deshalb besonders aufschluss-

reich, weil er ihn in eine inklusive Semantik der Forderung nach Einschreibung in eine gemeinsame politische Bühne einkleidet und damit stets auch auf Exklusion bedachte rechtspopulistische und völkische Aneignungsversuche schon von vornherein auf einer begrifflichen Ebene zurückweist.

5. Politische Subjektivation zwischen Ohnmacht und Ermächtigung

Rancière hat eine umfassende politische Ästhetik entwickelt, die sich vom altgriechischen *aisthesis* herschreibt und eine Lehre von der Wahrnehmung von Welt insgesamt meint: Nach seiner Auffassung wird die (Auf-)Teilung der Welt als eine (Auf-)Teilung des Sinnlichen[11] in einem grundlegend ästhetischen Modus hervorgebracht. Entscheidend für seine politische Philosophie ist die Annahme, dass diese Konstitution nicht nur im Bereich der Kunst, sondern eben auch in der Politik vollzogen wird (vgl. Rancière 2000: 62). Diese Vorstellung einer, wenn man so will, diskursiv-polemischen Weltkonstitution hat Rancière bereits auf Politik und Demokratie bezogen, bevor er seine einschlägigen Texte zur politischen Philosophie vorgelegt hat: So arbeitet er in der Studie *Les noms de l'histoire*, in der er es dem Untertitel zufolge um den Entwurf einer Poetik des Wissens gehen soll, die Vorstellung eines Deutungskampfes um Wissens- und Sozialordnungen aus. Das demokratische Zeitalter zeichnet sich demnach dadurch aus, dass es zu *subjectivations hasardeuses* kommt, welche die bestehenden Ordnungen durcheinanderwirbeln.[12] Diese Idee einer streitenden, dissentierenden Weltkonstitution taucht auch an zentraler Stelle in *Das Unvernehmen* auf, wenn Rancière in kritischer Auseinandersetzung mit Habermas' konsenstheoretischer Argumentationstheorie darauf insistiert, dass Politik nicht einfach ein Argumentationsspiel, sondern immer auch eine Weise der Weltöffnung ist; sie eröffnet streitend »Welten, in denen das Subjekt, das argumentiert, als Streiter des Worts zählt« (Rancière 2002:70).[13] Dieser Streit um die gemeinsame Welt stellt für Rancière unter bestimmten Umständen bereits eine politische Handlung dar, und seine Möglichkeit verleiht dem Streit um Worte und Rederechte ein so enormes Gewicht: Der Kampf bzw. die Schlacht (*la bataille*) um die Worte ist, wie Rancière betont, immer auch eine

11 | *Partage du sensible* lautet folgerichtig auch der Titel eines einschlägigen Buchs Rancières (2000).

12 | Rancière (1994: 186). Rancière macht übrigens selbst auf eine gedankliche Verwandtschaft seiner Vorstellung einer *partage du sensible* und Foucaults *episteme* aufmerksam (vgl. Rancière 2008: 71f.).

13 | Frz.: »de mondes où le sujet qui argumente est compté comme argumenteur« (Rancière 1995: 89).

Schlacht um die Dinge (vgl. Rancière 2011b: 110f.). Abhängig davon, wie wir die Worte verstehen, wer sie wann und wo gebrauchen darf und Gehör findet, also das Recht besitzt, zu sprechen und gehört zu werden, haben wir es jeweils mit einer anderen Aufteilung der Welt zu tun. Diese ästhetische Dimension der Politik ist für Rancière nicht zuletzt deswegen so wichtig, weil es die Ästhetik erlaubt, bestehende Hierarchien zu suspendieren und eine neue Aufteilung des Sinnlichen herbeizuführen (vgl. Rancière 2008: 42f.) – und genau das vermag auch eine gelingende Politik: Sie schreibt die gemeinsame Welt um und setzt eine neue an ihre Stelle. Die Frage ist nun freilich, wie sie das tun kann. Hier gewinnt die Kategorie der politischen Subjektivation Bedeutung. In *La Mésentente* findet sich ein Passus, der die Wirkungsweise der politischen Subjektivierung plastisch beschreibt:

»Eine politische Subjektivierung teilt das Erfahrungsfeld neu auf, das jedem seine Identität mit seinem Anteil gab. Sie löst und stellt die Verhältnisse zwischen den Weisen des Tuns, den Weisen des Seins und den Weisen des Sagens neu zusammen, die die sinnliche Organisation der Gemeinschaft, die Verhältnisse zwischen den Räumen, wo man eines macht und denen, wo man anderes macht, die an dieses Tun geknüpften Fähigkeiten und jene, die für ein anderes benötigt werden, bestimmen«.[14]

In diesem Zitat wird zum einen noch einmal die bereits hinlänglich beschriebene, weltkonstituierende und -verschiebende Wirkung von Politik unterstrichen, zum anderen die politische Subjektivation gleichsam als Modus dieser subversiv-konstitutiven Wirkung von Politik eingeführt. Was aber ist eine politische Subjektivation? Zunächst einmal geht Rancière davon aus, dass politische Subjekte keine vorweg determinierten Entitäten sind. Sie konstituieren sich erst im Zuge insbesondere bestimmter Prozesse *als* politische Subjekte (vgl. Rancière 2011a). Politische Subjektivation wird hier deutlicher noch als bei Foucault und Butler vom Aspekt des Widerständigen aus gedacht. Sämtliche Beispiele für politische Subjektivation in den Texten Rancières, historische wie

14 | »Une subjectivation politique redécoupe le champ de l'expérience qui donnait à chacun son identité avec sa part. Elle défait et recompose les rapports entre les modes du *faire*, les modes de l'*être* et les modes du *dire* qui définissent l'organisation sensible de la communauté, les rapports entre les espaces où l'on fait telle chose et ceux où on fait une autre. Les capacités liées à ce *faire* et celles qui sont requises pour un autre.« (Rancière 1995: 65; Herv. i.O.; dt. 2002: 52; Herv. i.O.). Übers. leicht geändert: Das Verb *redécouper* ([*u*]*ne subjectivation politique redécoupe*), das in der Übersetzung von Richard Steurer mit *neu zerschneiden* übertragen wird, scheint uns mit *neu aufteilen* besser übersetzt zu sein, da der Sinn des ganzen Passus und anderer Passagen über die politische Subjektivierung auf die neue Zusammensetzung mindestens ebenso wie auf das Zerschneiden verweist.

aktuelle, beziehen sich auf Akteurinnen, die sich gegen die jeweils herrschende Ordnung wenden, sich ihrem jeweiligen Modus der Aufteilung von Welt entweder entziehen oder diesen kritisch befragen bis hin zum aktiven Widerstand, z.B. mit gemeinsamen Akten des zivilen Ungehorsams in Form der Besetzung von Räumen und Orten, an denen bestimmte Personen – Proletarier, Frauen, Geflüchtete usf. – nicht vorgesehen sind, oder Einzelhandlungen, die ein gemeinsames Netz spannen, durch das sich eine politische Subjektivation zu vollziehen vermag.

Als historisches Beispiel nennt Rancière die Stimme Olympe de Gouges' zur Diskrepanz zwischen den deklarierten allgemeinen Menschen- und Bürgerrechten und dem Ausschluss von Frauen aus ebendiesem Geltungsbereich während der Französischen Revolution (vgl. Rancière 2011b: 73f.): De Gouges' Gegenentwurf zu den *droits de l'homme et du citoyen*, die analoge *Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin,* geht von der historischen Erfahrung aus, dass Frauen, obwohl sie nicht über politische Rechte verfügen, dennoch für ihre politische Meinung und entsprechendes öffentliches Handeln bestraft werden konnten, weil dies als »unerwünschte Einmischung« in die den Männern vorbehaltene Sphäre aufgefasst wurde (vgl. Burmeister 1999: 8). Aus dem Recht, das Schafott zu besteigen, folgert de Gouges das Recht auf politische Partizipation: »Die Frau hat das Recht, das Schafott zu besteigen; sie muss gleichermaßen das Recht haben, die Tribüne zu besteigen« (de Gouges 1999: 162). De Gouges' »Syllogismus« (Rancière 2011b: 73) beruhe auf einer Ableitung aus der politischen Gleichheit, die durch die Maßgabe des politischen Bürgers gesetzt, von einer massiven (sozialen) Ungleichheit allerdings konterkariert wird. Ihr sind die Individuen ausgesetzt, die nicht politisch werden können, sondern aufgrund der polizeilichen Zuteilung privat verbleiben. Wird zugleich die universelle Gültigkeit von Menschen- und Bürgerrechten propagiert, resultiert daraus schließlich folgender Widerspruch: »Die ›Rechte der Frau und Bürgerin‹ sind die Rechte derjenigen, die nicht die Rechte haben, die sie haben, und die die Rechte haben, die sie nicht haben« (ebd.: 74). Willkürlich würden den Frauen also die Rechte vorenthalten, die die Erklärung der Menschenrechte unterschiedslos den Mitgliedern der französischen Nation und der menschlichen Gattung zuspricht. »Durch ihr Handeln aber üben sie gleichzeitig das Recht von Bürgerinnen aus, das das Gesetz ihnen nicht zugesteht und dadurch zeigen sie, dass sie sehr wohl diese ihnen verwehrten Rechte haben.« (Ebd.)

Regelrecht emphatisch entwirft Rancière in diesem Zusammenhang das Bild eines demokratischen Prozesses, der Handlungen umfasst, »die auf das Intervall zwischen den Identitäten einwirken und so die Aufteilungen von Privatem und Öffentlichem, Universalem und Partikularem verändern. Die Demokratie kann somit nicht einfach als Herrschaft des Universalen über das Partikulare verstanden werden« (ebd.: 65). Die Verwendung des Begriffs »Intervall« ist dabei nicht in einem metaphorischen, sondern einem konkreten

Sinne zu verstehen. Der Raum, der sich zwischen denjenigen befindet, die innerhalb und denjenigen, die außerhalb der Ordnung stehen, wird in dem Moment durch letztere *eingenommen*, in dem sie ihn, ohne dass ihnen das Recht zustünde, durch ihre Demonstration *besetzen*. Bereits in den 1990er Jahren begannen undokumentierte Migrantinnen in Frankreich Kirchen zu besetzen und im Rahmen von Demonstrationen im öffentlichen Raum gegen die Bedingungen ihrer Illegalität zu protestieren. Durch solcherlei Usurpationen des öffentlichen (im Falle der Kirche halb-öffentlichen) Raumes wird das (staatsbürgerliche) Publikum Zeuge von paradoxen Szenen wie jener, in der »neben dem demokratischen Monument der Bastille undokumentierte Migrantinnen per Megaphon ihre Rechte einfordern, Abschiebungen und exekutive Gewalt anklagen, während Polizisten sich unterhaltend danebenstehen und die Straße gesperrt halten« (Ludwig 2008: 81). Anhand des von Rancière (1997: 71, 2002: 50) bezeichneten »Unrechts«, das in ebenjener paradoxen Form sichtbar wird und den Ausgeschlossenen ebenjenen Anlass bietet, sich im Sinne eines politischen ›Handelns als ob‹ *dennoch* das Recht zu *nehmen*, am politischen Prozess teilzuhaben, charakterisiert Andrew Schaap die spezifischen Merkmale politischer Subjektivation:

»By publicizing their political exclusion, the sans papiers draw attention to their plight and the ways in which they are denied the same universal human rights from which the French state claims to derive its legitimacy. [...] They demonstrate their equality as speaking beings despite being deprived of legal personhood. The sans papiers enact the right to have rights when they speak *as if* they had the same rights as the French nationals they address. They occupy a church to draw attention to their economic participation within French society rather than remaining unseen and unheard on threat of deportation. Instead of hiding from the police they turn up to police headquarters and say ›we are the sans papiers of Saint-Bernard and we have business in this building‹« (Schaap 2011: 34; Herv. i.O.).

In dieser Szene taucht nicht nur der so genannte »Anteil [...] der Anteillosen [la part des sans-part]« (Rancière 2002: 22) plötzlich und unerwartet im öffentlichen Raum auf, in dem er – gemäß der herkömmlichen Logik der Repräsentationsordnung – *nicht* erscheinen dürfte. Darüber hinaus *bemächtigt* sich dieser »Anteil der Anteillosen« außerdem der spezifischen Handlungsweisen politischer Partizipation, und zwar so, *als ob* ihm diese zustünden. Das Paradox dieser Ermächtigungsstrategie drückt sich darin aus, dass nicht nur auf das Unrecht der Nicht-Teilhabe aufmerksam gemacht wird, sondern das Aufmerksammachen selbst bereits eine politische Handlung darstellt, die eigentlich ausgeschlossen ist. Der Kern dieser politischen Handlung besteht in der Forderung nach Teilhabe, nach dem ›Dazugezähltwerden‹, und zugleich, während diese Forderung öffentlich ausgesprochen wird, wird Teilhabe im Grunde ge-

nommen bereits praktiziert. Kurzum: die Exkludierten vollziehen in diesem Augenblick eine »Praktik des Als-ob« (ebd.: 101), sie sind zwar, institutionell betrachtet, rechtlos, aber »nicht ohne Stimme« (Schwenken 2009).

Abschließend lässt sich sagen, dass Unterwerfung in Form der polizeilichen Platzzuweisung auch bei Rancière eine wichtige Rolle spielt; mit der politischen Subjektivation versucht er allerdings den Prozess zu beschreiben, in dessen Verlauf sich Subjekte nicht nur dieser Platzzuweisung entziehen, sondern eine neue Welt, eine wenn auch nur temporär originäre Politik, aber auch eine andere polizeiliche Ordnung zu konstituieren. Politik via politische Subjektivierung vollzieht sich demnach notwendig als eine »Desidentifikation« (Rancière 2008: 65), als ein Sichentziehen vom zugewiesenen Platz.

Wichtig ist, dass die Akte nicht auf rein partikulare oder privatistische Interessen beschränkt bleiben, sondern die gegebene polizeiliche Ordnung tangieren oder sie gar, wenn auch nur für kurze historische Augenblicke, aussetzen: Ein Streik um Lohnerhöhungen ist so noch keine politische Subjektivierung, einer, der auf eine andere Einrichtung der Arbeitswelt und eine andere Gestaltung der Rechtsbeziehungen zielt, kann es hingegen sein. Demokratische politische Bewegungen überschreiten so die gegebenen Grenzen und zielen zugleich auf einen neuen Verlauf. Politische Subjektivation verweist damit auf die Konstitution eines gemeinsamen Anspruchs, einer gemeinsamen Forderung, von der aus die hegemoniale Einteilung des Gemeinsamen der polizeilichen Ordnung in Frage gestellt werden kann. Rancière erinnert exemplarisch an den Fall Auguste Blanquis, der 1832 im Zuge einer Gerichtsverhandlung auf die Frage nach seinem Beruf keine einzelne Berufsbezeichnung nennt, sondern sich als Proletarier bezeichnet und so zur politischen Subjektivierung der Arbeiterbewegung beiträgt (vgl. Rancière 2004: 118, 2002: 49f.).

Die Desidentifikation, die nach Rancières Überzeugung wesentlicher Bestandteil von Akten politischer Subjektivierung ist, lässt die daran Beteiligten in eine prekäre Situation geraten, verlassen sie doch ihre Subjektpositionen, ohne dass bereits neue Subjektivitätsformen zur Verfügung stehen. Allerdings geht es wiederum nicht um einmalige Vorgänge, wenngleich es, etwa in revolutionären Situationen oder Erhebungen, zu punktuellen Umschwüngen kommen kann. Diese werden aber nicht *ex nihilo* vollzogen, sondern ihnen gehen zumeist Sinnverschiebungen voraus, die sich zuweilen über einen längeren Zeitraum subkutan vollziehen können, um dann in einer zugespitzten Situation mit großer Vehemenz hervorzubrechen. Emanzipationspolitiken und Subversionsversuche bleiben zwar ein Aufbruch ins Ungewisse, aber sie sind keineswegs unmöglich: Bei ihnen handelt es sich um jene politischen Befragungen gegebener politischer – mit Rancière: polizeilicher – Ordnungen.

Literatur

Burmeister, Karl Heinz (Hg.) (1999): Olympe de Gouges, Bern/Wien: Stämpfli/Manz.

Butler, Judith (1998): Hass spricht. Zur Politik des Performativen, Berlin: Berlin Verlag.

Butler, Judith (1999): Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity, New York/London: Routledge.

Butler, Judith (2001): Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Butler, Judith (2016): Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung, Berlin: Suhrkamp.

Castoriadis, Cornelius (1990): Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Ferguson, Adam (1988): Versuch über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Flügel-Martinsen, Oliver (2017a): Befragungen des Politischen. Subjektkonstitution – Gesellschaftsordnung – Radikale Demokratie, Wiesbaden: Springer VS.

Flügel-Martinsen, Oliver (2017b): Die Kontingenz der demokratischen Gesellschaft. Zum demokratietheoretischen Gehalt von Ernesto Laclaus Hegemonietheorie, in: Oliver Marchart (Hg.): Ordnungen des Politischen, Springer: Wiesbaden, S. 13-31.

Foucault, Michel (1994): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Foucault, Michel (2001a): Les mailles du pouvoir, in: Ders.: Dits et Écrits II, 1976-1988. (dt. 2005a: Die Maschen der Macht, in; Dits et Écrits, Schriften, Bd. 4, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 224-244), Paris: Gallimard, S. 1001-1020.

Foucault, Michel (2001b): Le sujet et le pouvoir, in: Ders.: Dits et Écrits II, 1976-1988. (dt. 2005b: Subjekt und Macht, in; Dits et Écrits, Schriften, Bd. 4, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 269-294), Paris: Gallimard, S. 1041-1062.

Foucault, Michel (2004): Sécurité, territoire, population. Cours au Collège de France, 1977-1978. (dt. 2004: Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp), Paris: Gallimard.

Gouges, Olympe de (1999): Die Rechte der Frau, in: Burmeister, Karl Heinz: Olympe de Gouges, Bern/Wien: Stämpfli/Manz, S. 156-175.

Hegel, Georg W.F. (1986): Grundlinien der Philosophie des Rechts, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Laclau, Ernesto (2005): On Populist Reason, London: Verso.

Laclau, Ernesto (2007): Ideologie und Post-Marxismus, in: Martin Nonhoff (Hg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie, Bielefeld: transcript, S. 25-40.

Laclau, Ernesto (2014): The Rhetorical Foundations of Society, London/New York: Verso.

Ludwig, Katharina (2008): Citoyen Sans-Papiers. Irreguläre MigrantInnen als politische AkteurInnen in Frankreich, Politik und Demokratie. Hg. v. H. Kramer u.E. Kreisky, Frankfurt a.M.: Lang.

Martinsen, Franziska (2018): Grenzen der Menschenrechte. Staatsbürgerschaft, soziale Zugehörigkeit, politische Partizipation (im Erscheinen).

Nozick, Robert (1974): Anarchy, State, and Utopia, Princeton: xyz.

Rancière, Jacques (1994): Les noms de l'histoire. Essai de poétique du savoir, Paris: Seuil.

Rancière, Jacques (1995): La mésentente. (dt. 2002: Das Unvernehmen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp), Paris: Galilée.

Rancière, Jacques (1997): Gibt es eine politische Philosophie?, in: Alain Badiou/Jacques Rancière/Rado Riha/Jelica Šumič-Riha (Hg.): Politik der Wahrheit, Wien: Turia+Kant, S. 64-93.

Rancière, Jacques (2000): Le partage du sensible, Paris: La Fabrique.

Rancière, Jacques (2004): Politique, identification, subjectivation, in: Ders.: Aux bords du politique, Paris: Gallimard, S. 112-125.

Rancière, Jacques (2008): Ist Kunst widerständig?, Berlin: Merve.

Rancière, Jacques (2011a): Wer ist das Subjekt der Menschenrechte?, in: Christoph Menke/Francesca Raimondi (Hg.): Die Revolution der Menschenrechte, Berlin: Suhrkamp, S. 474-490.

Rancière, Jacques (2011b): Der Hass der Demokratie, Berlin: August.

Schaap, Andrew (2011): Enacting the Right to Have Rights. Jacques Rancières Critique of Hannah Arendt, in: European Journal of Political Theory 10 (1), S. 22-45.

Schwenken, Helen (2009): Die prekäre politische Repräsentation von sans papiers in der Europäischen Union – zur Rolle argumentativer Frames, in: Markus Linden/Winfried Thaa (Hg.): Die politische Repräsentation von Fremden und Armen, Baden-Baden: Nomos, S. 219-234.

Taylor, Charles (1996): Quellen des Selbst. Die Entstehung der neuzeitlichen Identität, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Young, Iris Marion (1990): Justice and the Politics of Difference, Princeton: Princeton University Press.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Offen im Denken

ub universitäts bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.1515/9783839438428-005
URN: urn:nbn:de:hbz:465-20220525-112059-8

Flügel-Martinsen, O. & Martinsen, F. (2018). Politische Subjektivation zwischen Subjektkonstitution und Handlungsfähigkeit. In: T. Alkemeyer, U. Bröckling & T. Peter (Hrsg.) *Jenseits der Person: Zur Subjektivierung von Kollektiven*, S. 75-94. Bielefeld: transcript Verlag. https://doi.org/10.1515/9783839438428-005

Alle Rechte vorbehalten. © 2018 transcript Verlag, Bielefeld